Ressort: Politik

Bartsch: Politik muss Angst von Kindern vor Armut ernst nehmen

Berlin, 19.02.2019, 14:25 Uhr

GDN - Linksfraktionschef Dietmar Bartsch fordert von Politik und Gesellschaft, die Angst vor Armut von mehr als der Hälfte der 8- bis 14-Jährigen in Deutschland ernst zu nehmen. "Da wächst ansonsten eine Generation Hoffnungslosigkeit heran", sagte Bartsch dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland".

Wenn man nicht endlich nachhaltig gegensteuere, werde sich das negativ auf das künftige Zusammenleben in Deutschland auswirken. Der Linken-Politiker bezieht sich auf eine Bertelsmann-Studie nach einer Befragung von 3.450 Kindern und Jugendlichen. Die Studie zeige, dass die Realität von Kindern in Deutschland sozial gespalten ist. Während die meisten Kinder zum Glück finanziell abgesichert seien oder sich so fühlten, erlebe jedes vierte Kind Ausgrenzung aufgrund von Armut. Bartsch appellierte vor allem an die Regierungsparteien, bei der Bekämpfung von Kinderarmut nicht immer zuerst die Frage nach der Finanzierung von Maßnahmen zu stellen. "Beim sogenannten Zwei-Prozent-Ziel der NATO zur Aufrüstung der Bundeswehr wird diese Frage von der Regierung nie aufgerufen", kritisierte Bartsch. "Die Bekämpfung von Kinderarmut ist für Deutschland wesentliches Element der Zukunftssicherung. Das muss überparteilich klar sein." Widerspruch kam aus der FDP. Der sozialpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Pascal Kober, sieht als Ursache der Ängste eine verzerrte Darstellung von Armut in Deutschland. "Die ständige und viel zu verzerrte öffentliche Debatte über Armut prägt Kinder offenbar mehr als ihre tatsächlichen Lebensverhältnisse", sagte Kober dem RND. "Das ritualisierte Skandalisieren von Problemlagen in der Sozialpolitik hilft keinem und macht den Kindern Angst", so der Liberale. "Dieser Befund sollte uns alle aufrütteln." Linksfraktionschef Bartsch übte in diesem Zusammenhang derweil auch Kritik am Vorhaben der Bundesminister Franziska Giffey und Hubertus Heil (beide SPD), die Inanspruchnahme von Mitteln des Teilhabe-Pakets im Familiengesetz von 30 auf 35 Prozent der Berechtigten zu erhöhen. "Dieses Ziel ist in seiner Geringfügigkeit ein Witz", so Bartsch. "Die Unterstützung des Bundes muss endlich schnell und unbürokratisch bei allen ankommen, die diese Hilfe benötigen. Die Linken fordern eine Kindergrundsicherung, die das System vom Kopf auf die Füße stellt."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-120327/bartsch-politik-muss-angst-von-kindern-vor-armut-ernst-nehmen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619